



Gefangenenlager Guantanamo

GUANTANAMO

Keine Aufnahme von Terrorverdächtigen

Nach Prüfung der von den USA vorgelegten Informationen über zwei Guantanamo-Gefangene hält das Bundesinnenministerium deren Aufnahme in Deutschland derzeit für ausgeschlossen. Bei den beiden Männern – einem Syrer und einem Tunesier – handelt es sich laut den US-Akten um Personen, die offenbar am Hindukusch an Waffen geschult worden waren. Der Syrer Abd al-Rahim Abd al-Rassa Janku reiste den Dokumenten zufolge im Jahr 2000 nach Afghanistan und sei dort, so jedenfalls seine Aussage, von den Taliban in einem Terrorlager gezwungen worden, 18 Tage an mehreren Waffentypen zu üben. Als er das Lager habe verlassen wollen, habe man ihn als US-Spion verdächtigt und schließlich in ein Gefängnis der Taliban in Kandahar gesteckt, wo er monatelang gefoltert worden sei. Er taucht allerdings zusammen mit Ramzi Binalshibh, einem der Cheflogistiker der Anschläge vom 11. September 2001, in einem Video auf, das in den Trümmern des Hauses von Qaida-Militärchef Mohammed Atef gefunden worden war. Bei der zweiten Personalie, die der amerikanische Guantanamo-Beauftragte Dan Fried nach Berlin übermitteln ließ, handelt es sich um den Tunesier Rafiq Bin Bashir al-Hami. Er reiste im Sommer 1996 unter falschem Namen in die Bundesrepublik, tauchte aber im November 1998 nach Pakistan ab. Dort absolvierte er laut US-Akten ein paramilitärisches Training und zog im Jahr

2001 nach Kandahar, angeblich für islamistische Studien. Bei Vernehmungen in Guantanamo gab al-Hami eine Ausbildung an Waffen im Qaida-Camp Khalden zu, widerrief seine Aussage jedoch; er sei von den Taliban gezwungen worden. Offiziell hat sich die Bundesregierung noch nicht zu der neuerlichen Anfrage aus Washington verhalten. Bei seinen europäischen Kollegen ist Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) unterdessen mit dem Vorschlag gescheitert, die Amerikaner dazu zu verpflichten, einen Teil der Gefangenen selbst zu übernehmen. In Brüssel einigten sich die EU-Länder Ende vergangener Woche über die Rahmenbedingungen einer Aufnahme. In einer gemeinsamen Erklärung von EU und USA wird ausdrücklich auf die „primäre Verantwortung“ der Vereinigten Staaten für den Verbleib der Guantanamo-Gefangenen verwiesen. Gleichwohl sei Europa bereit, „einige“ der Entlassenen aufzunehmen. Darüber dürfe jedes EU-Land souverän entscheiden. In dem Text erklären sich die USA bereit, „alle verfügbaren (vertrauliche und andere) Erkenntnisse“ über die zur Diskussion stehenden Personen zu liefern und einen Teil der Kosten zu übernehmen, die bei der Aufnahme der Ex-Häftlinge entstehen. Die EU-Außenminister wollen die Erklärung Anfang dieser Woche in Luxemburg absegnen.

Rahim

AP (L.): BRENNAN LINSLEY / AP (O.)

EUROPA

CSU drängt Merkel

Im Streit um die Benennung des künftigen deutschen EU-Kommissars kritisiert die CSU das Vorgehen von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es gehe nicht an, dass Merkel mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy festlege, welches Ressort Deutschland in der EU-Kommission besetzen solle, sagte der Chef der CSU-Gruppe im EU-Parlament, Markus Ferber. Die Ressortverteilung sei laut EU-Vertrag das Recht des Kommissionspräsidenten. Wenn der sich von den

Regierungen in diese Frage hineinreden lasse, gehe er geschwächt in seine fünfjährige Amtszeit. „Wir wollen einen Präsidenten, der sich dem Gängelband der



Sarkozy, Merkel

Hauptstädte entzieht“, so Ferber. Er wies darauf hin, dass Merkel einen deutschen EU-Kommissar auch ohne Zustimmung der SPD benennen könne. Die Kanzlerin hatte in der vergangenen Woche dagegen bekräftigt, dass sie über den deutschen EU-Kommissar erst nach der Bundestagswahl entscheiden wolle: „Das können wir nicht mit den Sozialdemokraten, sondern nur in einer neuen Konstellation machen“, sagte sie. Als mögliche Kandidaten gelten Innenminister Wolfgang Schäuble, der frühere Fraktionschef Friedrich Merz und Peter Hintze, der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.

A. FACELY